



Einladung
zur 11. Sitzung des
Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren
in der 17. Wahlperiode
am Dienstag, 07.05.2024, 18:00 Uhr
im Bürgerforum Bergischer Hof, Bürgersaal, 2. OG, Rathausplatz, 51503 Rösrath

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Nummer
1.	Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 06.02.2024	
2.	Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse	
3.	Bericht der Beiräte (Seniorenbeirat und Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung)	
4.	Jahresbericht des Trägerverbundes „Stadtverwaltung Rösrath und der GL Service gGmbH - Vorstellung durch Herrn Andreas Kuhn (Generalhandlungs- bevollmächtigter) GL Service gGmbH	B132/2024
5.	Bericht über die Wohn- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung oder gesundheitlichen Einschränkungen vom Verein „Die Kette e.V.“, Fachvorständin Frau Ursula Meeth	
6.	Vorstellung der neuen Sozialarbeiterinnen Julia Weinand und Sabine Grundmann für den Bereich Obdachlose/Geflüchtete und des Geschäftsstellenleiters der „Guten Nachbarschaft Rösrath“, Herr Albert Seemann/FB7	
7.	Bericht zur Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in der Stadt Rösrath	B133/2024
8.	Anfragen und Mitteilungen	
9.	Verschiedenes	

Gabriele Gemein
Vorsitzende
beglaubigt



Mitteilungsvorlage

Kennung: öffentlich
Drucksachenummer: B132/2024
Aktenzeichen: Dickopf
Fachbereich: FB 7 - Soziales
Datum: 08.04.2024

Beratungsfolge

Gremium
Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

Termin
07.05.2024

Betreff:

Jahresbericht des Trägerverbundes „Stadtverwaltung Rösrath und der GL Service gGmbH

Inhalt der Mitteilung:

Herr Andreas Kuhlen (Generalhandlungsbevollmächtigter der GL Service gGmbH) stellt sich vor und steht den Ausschussmitgliedern zur Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung.

Im Auftrag

Bondina Schulze
Bürgermeisterin

Petra Dickopf
Fachbereichsleitung

Anlage(n):

Anlage I – Jahresbericht des Trägerverbundes „Stadtverwaltung Rösrath und der GL Service gGmbH

Jahresbericht 2023 der Arbeitsgelegenheiten im Trägerverbund der Stadtverwaltung Rösrath und der GL Service gGmbH

Die im Jahr 2017 begonnene Kooperation mit der Stadtverwaltung Rösrath zum Aufbau von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten nach SGB II und dem gemeinnützigen Arbeiten nach § 5 AsylbLG wurde auch im Jahr 2023 erfolgreich fortgesetzt.

Insgesamt haben im Berichtsjahr 3 Kunden des Jobcenters Rösrath an einer Arbeitsgelegenheit im Trägerverbund der GL Service gGmbH und der Stadtverwaltung Rösrath teilgenommen. 2 Maßnahmen endeten, so dass gegen Ende des Jahres 2023 noch eine Stelle am Schulzentrum Sandweg besetzt ist.

Die Teilnehmenden wurden im Rahmen der Arbeitsgelegenheit sozialpädagogisch begleitet und unterstützt. Dieses bezieht sich sowohl auf Probleme innerhalb der Einrichtung, an der die Arbeitsgelegenheit ausgeübt wird als auch bei darüber hinaus gehenden persönlichen Problemlagen der Teilnehmenden. U.a. wurden mit einem Teilnehmenden individuelle Bewerbungsunterlagen gefertigt, um sich damit bei der Stadtverwaltung Rösrath zu bewerben.

Die Kooperation mit der Stadtverwaltung Rösrath war vertrauensvoll, jederzeit gut und konstruktiv. Die Zusammenarbeit wird aufgrund der Erfolge auch im Jahr 2024 fortgesetzt.

Auch die Kommunikation und Kooperation mit den Integrationsfachkräften des Jobcenters Rösrath war jederzeit freundlich und wertschätzend.

Die Stadtverwaltung Rösrath profitiert in 3-facher Hinsicht von den nunmehr seit Jahren im Trägerverbund mit der GL Service gGmbH durchgeführten Arbeitsgelegenheiten: Zum einen erhalten Sie kostenfreie zusätzliche Kräfte für die Unterstützung der Hausmeister an Schulen und in den städtischen Not- und Flüchtlingsunterkünften, mit denen zusätzliche, gemeinnützige und wettbewerbsneutrale Aufgaben erledigt werden können, für die im regulären Betrieb oftmals keine Ressourcen zur Verfügung stehen.

Zum Zweiten besteht die Möglichkeit, dann über die Arbeitsgelegenheiten, die i.d.R. zwischen 6 Monaten und 2 Jahren dauern, im Falle von städtischem Personalbedarf gut eingearbeitete Personen für eine nachfolgende Mitarbeit rekrutieren zu können. Arbeitsgelegenheiten bieten somit die Möglichkeit der Personalauswahl und -gewinnung in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels.

Der weitere Vorteil besteht in der hohen finanziellen Förderung bei nachfolgender Anstellung der vormaligen Teilnehmenden an Arbeitsgelegenheiten. Diese sind nach mindestens 2-jähriger Phase der Arbeitslosigkeit in der Regel ausnahmslos förderfähig nach § 16e SGB II, oftmals sogar förderfähig nach § 16i SGB II, was im letztgenannten Falle bedeutet, dass bei befristeter Einstellung der Personen für 5 Jahre in dieser Zeit nur 12 % der Personalkosten durch den Arbeitgeber gezahlt werden muss; 88 % werden durch die Jobcenter gezahlt.

Insgesamt wurden seit Beginn der Kooperation 3 Teilnehmende nach ihrer

Arbeitsgelegenheit von der Stadtverwaltung Rösrath übernommen. Nur allein durch die 2 nach § 16i SGB II auf 5 Jahre geförderten Mitarbeiter entstehen jährliche Personalkostensparnisse in Höhe von rund 60.000 Euro pro Jahr.

Neben diesen 3 durch die Stadtverwaltung Rösrath übernommenen Mitarbeitenden fanden weitere 2 Personen nach absolvierter Arbeitsgelegenheit den Zugang in eine beitragspflichtige Beschäftigung, ein weiterer in eine qualifizierte Umschulungsmaßnahme.

Auch wenn Arbeitsgelegenheiten als Instrument der Beschäftigungsförderung nicht vordergründig das Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt haben, kann für die Arbeitsgelegenheiten im Trägerverbund mit der Stadtverwaltung Rösrath konstatiert werden, dass mehr als 50 Prozent der Teilnehmenden den Übergang in den ersten oder 2. Arbeitsmarkt schaffen. Diese Quote ist im Rahmen von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung außerordentlich.

Wir freuen uns darauf, diese sowohl für die Teilnehmenden als auch für die Stadtverwaltung Rösrath erfolgreichen Maßnahmen auch im Jahr 2024 fortsetzen zu können.

Bergisch Gladbach, im Januar 2024



Mitteilungsvorlage

Kennung: öffentlich
Drucksachenummer: B133/2024
Aktenzeichen: Dickopf
Fachbereich: FB 7 - Soziales
Datum: 08.04.2024

Beratungsfolge

Gremium
Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren

Termin
07.05.2024

Betreff:

Bericht zur Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in der Stadt Rösrath

Inhalt der Mitteilung:

Derzeit leben 279 amtlich registrierte Geflüchtete aus der Ukraine in der Stadt Rösrath. 93 von ihnen leben in Unterkünften. Zusätzlich sind weitere 451 Geflüchtete anderer Nationalitäten in städtischen Unterkünften und angemieteten Gebäuden untergebracht. Davon leben derzeit noch 13 Personen in Hotels. Eine detaillierte Aufstellung ist der Vorlage als Anlage beigelegt. Die derzeit freien Plätze in den Unterkünften werden für die Auflösung eines Objektes benötigt, bei dem die Mietdauer nicht verlängert werden konnte.

Oberstes Ziel ist es noch immer, die geflüchteten Menschen in eine private Unterkunft umzuziehen und somit weitere freie Kapazitäten zu schaffen. „Habitat for Humanity“ vermittelt nicht mehr nur ukrainische Menschen in Wohnungen, sondern auch Personen anderer Nationalitäten. Vorrangig werden Menschen mit dauerhaftem Aufenthalt vermittelt. Die Aussicht auf Vermittlung in privaten Wohnraum ist allerdings sehr gering, da der Wohnungsmarkt bekanntlich ausgeschöpft ist. Habitat for Humanity hat eine Anzeige in der Zeitschrift „Haus und Grund“ veröffentlicht. Die Zeitschrift ist für Vermieter/Eigentümer. Hieraus ergaben sich zumindest nochmal Angebote. Eine 2- Zimmer Wohnung wird derzeit vermittelt.

Noch immer warten mehr als 50 Personen auf Termine zur Vorsprache bei der Ausländerbehörde, um Aufenthaltspapiere zu verlängern oder Anträge auf Aufenthaltserlaubnisse zu stellen.

Krankheitsbedingt ist der Casemanager bereits seit einigen Wochen abwesend. Das Kommunale Integrationszentrum (KI) kann nur im Einzelfall stellvertretend einspringen. Dafür müssen die Geflüchteten nach Bergisch Gladbach fahren. Dieses Angebot wird allerdings nicht wahrgenommen. Die betroffenen Personen wenden sich mit Ihren Anliegen verstärkt an die Sozialarbeiterinnen oder an Herrn Seemann.

Die Versorgung mit Schulplätzen ist immer noch sehr schwierig. Nach Vorgabe des Landes werden ab dem kommenden Schuljahr ukrainische Kinder nicht mehr als Flüchtlingskinder, sondern als reguläre Schulkinder gezählt. Es wird dann mit einer weiteren Verschärfung der Schulplatzproblematik gerechnet.

Die Bundesregierung hat die Einführung der Bezahlkarte beschlossen. Diese soll flächendeckend eingeführt werden. Es wurde sich auf die Festlegung von Mindeststandards geeinigt und ein Ausschreibungsverfahren zur Einführung der Bezahlkarte gestartet. Aktuell kann zum Zeitpunkt der Einführung der Bezahlkarte in der Stadt Rösrath noch keine Aussage getroffen werden, da das Ausschreibungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und das AsylbLG in der neuen Fassung noch nicht verabschiedet wurde. Hierzu werde ich zu gegebener Zeit erneut berichten.

Frau Dickopf steht den Ausschussmitgliedern zur Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung.

Im Auftrag

Bondina Schulze
Bürgermeisterin

Petra Dickopf
Fachbereichsleitung

Anlage(n):

Anlage I – Unterbringungs- und Zuweisungsstatistik
Anlage II – Altersstruktur und Staatsangehörigkeiten
Anlage III- Verteilung nach Stadtteilen

	Stand	Erfüllung	Aufnahme -verpflichtung	Überhang
FlüAG Quote	05.04.2024	95,87	19	
FlüAG Quote	28.03.2024	96,27	17	
Wohnsitzauflage	07.04.2024	61,91	101	
Wohnsitzauflage	31.03.2024	61,59	102	

Belegungsstatistik

	Anzahl Objekte	Plätze	
		belegt	frei
durch die Stadt angemietet	57	255	10
stadteigene	17	293	18
in Hotels	1	13	0
in privat ang. Whng.	19	33	0
Gesamt	94	594	28

darunter 17 Obdachlose
darunter 93 Ukrainer
insgesamt im Stadtgebiet 282 Ukrainer
(aufgrund des Cyberangriffs letzte Auswertung aus 9/2023)

Von den in der Stadt Rösrath unterbrachten Flüchtlingen (561 - 17 = 544) sind

		Städtische U.	privat angem.
mit Gestattung		200	13
mit Duldung		21	19
mit Aufenthaltserlaubnis		323	1
		544	33
im Leistungsbezug*	(AsylbIG/SGBII)	231	25
keine Leistung*		313	8
		544	33

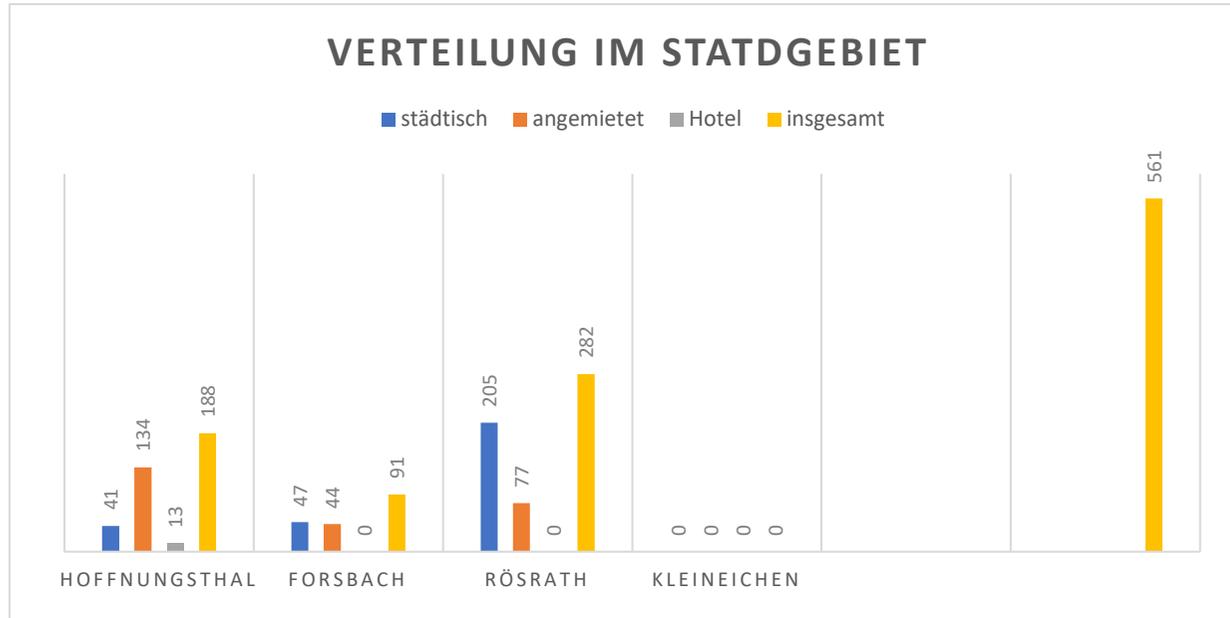
*kann variieren, da nach Wechsel ins SGB II keine Auskunftspflicht besteht

Haushalt 2023

Gesamtausgaben Asylbewerberleistungen inkl. Krankenhilfe und BuT	1.966.343,66 €
Einnahmen Rückforderungen und EA Jobcenter (Einnahme)	44.470,42 €
FlüAG und Integrationspauschale (Einnahme)	1.365.281,88 €
anteilige Landes- und Bundesmitteln für die Unterbringung	101.999,21 €

		städtische Unterkünfte*		privat angemietete		kumulierter Wert		Staatsangehörigkeit	Anzahl
männlich	333			18		351		syrisch	105
weiblich	211	544		15	33	226	577	ukrainisch	93
Alter								afghanisch	68
0 - 5	57			0		57		irakisch	64
6-13	82			2		84		türkisch	50
14-17	40			1		41		iranisch	29
ab 18	365	544		33	36	398	580	nigerianisch	22
Anzahl Einzelpersonen	176			15		191		tadschikisch	20
Anzahl Familien	95			4		99		serbisch	15
davon:								indisch	10
2 köpfig	29	58		4	8	33	66	somalisch	8
3 köpfig	19	57		2	6	21	63	pakistanisch	9
4 köpfig	16	64		1	4	17	68	guineisch	9
5 köpfig	17	85		0	0	17	85	aserbaidshanisch	6
6 köpfig	13	78		0	0	13	78	ägyptisch	7
9 köpfig	0	0		0	0	0	0	russisch	7
10 köpfig	1	10		0	0	1	10	bosnisch	6
					33		561	nordmazedonisch	6
Aufenthalt	323			1		324		kirgisisch	5
Asylbewerber	200			13		213		libanesisch	6
Duldung	21	544		19	33	40	577	armenisch	7
								chinesisch	3
								ghanaisch	3
								bangladesisch	2
								eritreisch	2
								angolanisch	2
								jemenitisch	2
								marokkanisch	2
								sriankesisch	2
								turkmenisch	2
								malisch	1
								mazedonisch	1
								mongolisch	1
								staatenlos	1
								weißrussisch	1
									577

* eigene Unterkünfte sowie von der Stadt angemieteter Wohnraum



	städtisch	angemietet	Hotel	insgesamt
Hoffnungsthal	41	134	13	188
Forsbach	47	44	0	91
Rösrath	205	77	0	282
Kleineichen	0	0	0	0
				561